

Absender:

**Die Fraktion P2 im Rat der Stadt**

**18-07457**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Auswirkungen von Beschlussvorlage 17-05999 Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten auf die Informationsfreiheitssatzung der Stadt Braunschweig**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

15.02.2018

Beratungsfolge:

Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)

01.03.2018

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Der Rat der Stadt Braunschweig hat mit der Informationsfreiheitssatzung in 2012 ein Instrument geschaffen, welches allen Braunschweiger Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, freien Zugang zu den bei der Stadt vorhandenen Informationen zu erhalten. Je nach Art der angefragten Informationen können dabei Gebühren entstehen – die Verwaltung weist bei Antragstellung auf die Kosten hin. Der Antragsteller kann dann entscheiden, ob er die Kosten tragen möchte und den Antrag stellt oder zurückzieht. Gebührenfrei ist laut Satzung die reine Erteilung von Auskünften.

Nun ist eine Änderung der Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten geplant. Dazu stellt sich uns folgende Frage:

Welche finanziellen Auswirkungen hat die Änderung der Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten auf die Informationsfreiheitssatzung der Stadt Braunschweig und die daraus möglichen entstehenden Kosten für den Antragsteller?

**Anlagen:**

keine